

# Auch in Italien protestiert die Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken

Autor(en): **Vaccaro, Hedi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **71 (1977)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142638>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tionelle Waffen in riesigen Mengen und von immer tödlicherer Wirkung werden an jede Nation oder nationale Gruppen geliefert, die bar bezahlen oder bereit sind, ihre künftige Unabhängigkeit zu verpfänden. Der Waffenhandel ist das Großunternehmen der industriellen Welt geworden, sei es auf Regierungs- oder privater Grundlage.»

«Wenn damit, Hand in Hand, internationale Moral auf niedrigstem Niveau steht, wenn offizieller und inoffizieller Terror zunehmend praktiziert und akzeptiert wird — so hat unser Land, die USA, dafür einen großen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Seit Jahrzehnten sind FBI (Federal Bureau of Investigation), CIA, Lockheed und andere multinationale Organe ihrem eigenen Verhaltenskodex gefolgt und haben entsprechende Institutionen anderer Länder ermutigt, ihrem Beispiel zu folgen. Jahrelang haben wir uns beklagt über das gewissenlose Benehmen kommunistischer Regierungen, die KGB usw., ihr brutales innerstaatliches Vorgehen, ihre internationalen Einmischungen. Für Millionen von Amerikanern bedeutete es einen schweren Schock, zu erfahren, daß wir uns um kein Haar besser benahmen.»

«Wenn nicht 1977 einen wirklichen Fortschritt bringt in Maßnahmen, die die Produktion von Waffen reduzieren, so mag auch SALT verloren sein.» Feld glaubt, 1977 könnte einen schweren Schock zeitigen. Er hofft sogar, dieser möge stark genug sein, um die Welt aus ihrer Selbstgefälligkeit herauszureißen und doch nicht so heftig, daß er zur Katastrophe wird.

## Auch in Italien protestiert die Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken

«Die letzten Monate hat ein politischer «Handstreich» des Industrieministers Donat-Cattin die Verwirklichung eines Plans zum Bau von zwanzig Atomkraftwerken in Gang gesetzt. Die Gesamtkosten werden auf 20 000 Milliarden Lire berechnet, die weitaus größte Kapitalanlage der Nachkriegszeit. Auch wenn dieser Plan bald im Parlament diskutiert wird (theoretisch ist die Entscheidung aber schon in den Händen der Regierung, dank dem C. I. P. E. und Comitato italiano per la programmazione economica) ist vorauszusehen, daß er sich leicht durchsetzen wird, denn die großen Linksparteien und die Gewerkschaften scheinen zuzustimmen.

«Um die öffentliche Meinung zu unterrichten und eine Volksbewegung gegen die Atomkraftwerke zu schaffen, erklären wir: Die Atomkraftwerke sind keine wirkliche Alternative im Bereich der Energie, . . .»

Das ist der Beginn des Flugblatttextes, der zur Teilnahme an der Protestdemonstration in Montalto di Castro, vom 19. Dezember und an derjenigen in Rom vom 21. Dezember 1976 aufruft und in zehntausenden von Exemplaren in Montalto und Rom verteilt wurde.

Schon am 9. Dezember hatte eine öffentliche Diskussion über das Problem in Rom stattgefunden, organisiert von der Umweltschutzbewegung Kronos 1991, dem Versöhnungsbund, dem christlichen Friedensdienst, der Gewaltfreien Bewegung (zur Internationale der Kriegsdienstgegner gehörend). Für den Bau der Atomkraftwerke sprachen einige Mitglieder der staatlichen Kommission für die Nuklearenergie (CNEN); die andern Redner beschrieben die Gefahren und die Bedenken: Antonio Drago, Dozent für Physik an der Universität Neapel, Gianni Mattioli, Dozent für mathematische Physik an der Universität Rom, Giorgio Nebbia, Ordinarius für Warenkunde an der Universität Bari und Giannozzo Pucci seit Oktober 1976 Beauftragter des Versöhnungsbundes für den Kampf gegen die Atomkraftwerke. Ferner nahmen je ein Abgeordneter der sozialistischen und der kommunistischen Partei teil.

Am 19. Dezember fand in Montalto di Castro eine wichtige Protestkundgebung gegen den geplanten Bau von zwei Atomkraftwerken statt, an der mehrere hundert Personen der Ortsbevölkerung aber auch der Umgebung und eine Delegation von Rom teilnahmen. In den vorangehenden Wochen hatten in Montalto schon mehrere kleinere Protestversammlungen stattgefunden. Der Bau der zwei geplanten Atomkraftwerke war schon vor dem Dekret des Industrieministers Donat-Cattin zum Bau der zwanzig oben erwähnten Nuklearkraftwerke beschlossen worden.

Am 21. Dezember nahmen etwa fünfhundert Personen am Marsch durch die Straßen Roms teil, der gegen den Bau der zwanzig Atomkraftwerke und für eine alternative Energie, eine neue schöpferische Gesellschaft stattfand. Die Organisatoren waren diejenigen der öffentlichen Gesprächs vom 9. Dezember sowie das autonome Kollektiv der Arbeiter des staatlichen Elektrizitätsunternehmens (ENEL), die Umweltschutzgruppe der Naturistenliga, die gewaltfreie Gruppe Rom und vor allem das Komitee der Bevölkerung von Montalto gegen den Bau der Nuklearkraftwerke. Als die Spitze des langen Zuges am Pantheonplatz in nächster Nähe der Abgeordnetenkammer angekommen war, verhinderten beträchtliche Polizeikräfte das Weitermarschieren. Nach einer bewegten Diskussion zwischen Polizei und Demonstranten begab sich die zahlreiche Delegation der Bevölkerung von Montalto, die an der Spitze des Zuges marschiert war, doch zur Abgeordnetenkammer, aber ohne Transparente und Plakate. Nach stundenlangem Warten wurde sie dort endlich vom Präsidenten der Industriekommis-

sion empfangen, aber das Gespräch verlief fruchtlos. In der Zwischenzeit ging die Demonstration auf dem Pantheonplatz weiter. Nach der kurzen aber eindrucksvollen Rede von Don Sirio Politi, vom Versöhnungsbund, als erstem Arbeiterpriester Italiens, und des Delegierten der Elektrizitätsarbeiter etc. führten die Schauspieler des «Living Theatre» auf dem Platz das Spiel «Der Atomtod» auf; die sehr eindrucksvolle Aufführung der in Italien gut bekannten Gruppe wurde vom Fernsehen aufgenommen und noch am gleichen Abend in der Tagesschau ausgestrahlt, zusammen mit den sehr eindrucksvollen Worten von Don Sirios, der sich als einfacher, alter, durch die Reaktor-gefahr aufgewühlter Bürger bezeichnet hatte (er ist seinerseits Leiter einer antimilitaristischen Volkstheatergruppe).

In der Kammer hat die Industriekommission unter Leitung des Präsidenten Fortune (Sozialistische Partei) unterdessen an einem Bericht gearbeitet der gegen Mitte Februar erscheinen wird und dem dann die Diskussion im Plenum folgen wird. Auf diesen Zeitpunkt bereiteten die Organisatoren vom Marsch ein zweites, größeres öffentliches Gespräch vor in einem großen Saal von Rom.

Am 23. Januar fand ein Protestmarsch von etwa vierhundert Personen in Orbetello statt, der vom World Wildlife Fund, PDUP (Demokratische Partei der proletarischen Union, durch Linksteilung von der kommunistischen Partei entstanden) der Republikanischen Partei und dem Komitee von Montalto organisiert worden war. Nach dem Marsch durch die Stadt versammelten sich die Demonstranten in einem Kino wo Gianni Mattioli, Physiker von der PDUP und vom Versöhnungsbund, Pietro Binel, Ingenieur von Rom, über die Gefahren, der im Süden von Orbetello geplanten Nuklearkraftwerke (in Montalto und Capalbio) sprachen, sowie der Bürgermeister von Montalto, der erklärte, daß der Baubefehl für die zwei in Montalto geplanten Atomkraftwerke gegeben worden sei. (Die Provinz hatte sich einverstanden erklärt; diese schon seit längerer Zeit geplanten Nuklearkraftwerke hatten erst in Tarquinia gebaut werden sollen, wurden dann aber für Montalto vorgesehen, da die Bevölkerung von Tarquinia protestiert hatte). Ein Vertreter der sozialistischen Partei der Provinz Grosseto bestätigte die offizielle Teilnahme der Partei an der Protestkundgebung. Es wurde ein Begehren um Aufschub des Baus der Nuklearkraftwerke in Capalbio an die Regierung der Region Toscana gesandt, da die geplanten Sicherheitsmaßnahmen absolut ungenügend sind.

Capalbio liegt im Süden der Provinz Grosseto. An diesem Ort sind vier Nuklearkraftwerke geplant von je tausend Megatonnen; diese Kraftwerke werden Energie nur für die Anlage zur Anreicherung von Uranium liefern, die dort ebenfalls entstehen soll. Wie bekannt ist die Anreicherung von Uranium sehr gefährlich für die Umwelt. «Die Haupt-

gefahr liegt in der Verbreitung von Anlagen für die Anreicherung von Uranium. . . . stark angereichertes Uranium kann für die Produktion von Waffen gebraucht werden. . . .» (Präsident Carter in seiner Wahlrede in New York, 13. Mai 1976 «Neue Wege» XII 76 S. 367). Aus verschiedenen Teilen Italiens waren Gruppen vom Versöhnungsbund und der Gewaltfreien Bewegung gekommen, viele Mitglieder der Umweltschutzbewegung Kronos 1991, eine zahlreiche Gruppe von Montalto, alle versammelten sich am 30. Januar, dem Todestag von Gandhi in Capalbio um auch hier zu protestieren. An der Kundgebung nahmen etwa zweitausend Personen teil. Nach der öffentlichen Versammlung auf dem Platz (sogar ein Delegierter der Liberalen Partei hatte die Teilnahme seiner Partei erklärt) beschloß die Mehrzahl der Teilnehmer, die Eisenbahnstrecke Rom-Genua zu besetzen, was dann sofort geschah und ohne Zwischenfälle verlief, obwohl die Aktion nicht vorbereitet worden war. Die Züge hatten deshalb zwei Stunden Verspätung. Die Besetzung dauerte eine Stunde.

Am folgenden Sonntag, 6. Februar, war die Menschenmenge an der Protestkundgebung in Montalto noch zahlreicher, etwa dreitausend Personen bildeten einen langen Zug in Zweierkolonne durch die Ortschaft auf die Via Aurelia, die wichtige Durchfahrtsstraße von Rom nach dem Norden, dem Meer entlang. Der lange Zug marschierte erst auf der einen Fahrbahnhälfte der Straße, beim Hinüberschwenken auf die andere Hälfte und Umkehren wurde der Verkehr etwa fünf bis zehn Minuten aufgehalten, doch die Polizei griff nicht ein, sondern sorgte im Gegenteil für einen geordneten Ablauf und hielt die Autos an. Nur als zuletzt einige Gruppen die Straße durch Niedersitzen auf ihrer ganzen Breite besetzt halten wollten, verhinderte die Polizei dies, aber ohne Gewalt und Festnahmen.

Aus den letzten beiden Demonstrationen folgt, daß die nächsten Kundgebungen besser vorbereitet werden müssen, daß die gewaltfreien Gruppen einen eigenen Ordnungsdienst aufbauen und an jedem strategischen Punkt der Kundgebung einen oder mehrere Vertrauenspersonen haben müssen.

Der Widerstand gegen den Bau der Nuklearkraftwerke ist im Wachsen, obwohl Radio und Fernsehen, und vor allem die Presse, in überwältigender Mehrheit Propaganda für die Kernenergie machen. Mit Spannung wird die Diskussion in der Abgeordnetenkammer erwartet, sie war schon für den Dezember vorgesehen gewesen und wird wie schon erwähnt, voraussichtlich bald stattfinden. Ueber vierzig Universitätsprofessoren und Dozenten, vor allem Physiker, hatten einen Aufruf zur Verschiebung dieser Diskussion um sechs Monate unterschrieben; «Wir sind der Meinung, daß der staatliche Energieplan für den Bau der Nuklearkraftwerke ein unsinniges Tempo anschlägt;

wenn man die für den Bau der Kernkraftwerke benötigte Energie berücksichtigt, folgt, daß man während mehreren Jahren zusätzliche Energie einsetzen müßte, statt neue zu bekommen. Dieser Energieplan hat das Studium der Leistungsfähigkeit alternativer Energiequellen gar nicht vorangetrieben. In jedem Fall werden diese Kernkraftwerke nicht sofort Energie liefern können, sondern erst nach einigen Jahren. Außerdem ist es bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht ratsam, sich auf so große Kosten einzulassen, besonders da diese mit einer hohen wirtschaftlichen Wachstumsrate verbunden wären, welche aber jetzt schon ernstlich kompromittiert scheint . . .»  
Hedi Vaccaro

## Sind IDA-Kredite eigentliche Entwicklungshilfe?

Auf den Artikel «Liegt den Reichen etwas an Entwicklung?» im Februarheft der «Neuen Wege» gibt schon unser Artikel «Abstimmung über IDA-Kredite im Maiheft 1976 Antwort. Viele seriöse Entwicklungshelfer und -politiker haben damals schweren Herzens «nein» gestimmt, aber das geschah keinesfalls aus «Provinzlerium, Selbstsucht oder Unwissenheit», ganz im Gegenteil. Ihre Kritik an der Weltbank veranlaßte sie dazu und die Feststellung, daß deren Kredite in den Entwicklungsländern vor allem die dünne wohlhabende Schicht begünstigen.

Mit dieser Ablehnung, die IDA-Abstimmung als Gradmesser für die Aufgeschlossenheit für Entwicklungshilfe zu betrachten, soll jedoch nicht entschuldigt werden, daß die Schweiz, die eines der Industrieländer mit dem höchsten Bruttosozialprodukt ist, mit ihren öffentlichen Leistungen für Entwicklungshilfe laut OECD-Statistiken immer wieder an letzter oder zweitletzter Stelle steht. Ihre private Hilfe ist erfreulicher, sodaß daraus eher geschlossen werden kann, daß die Einstellung zur Hilfe nicht an der Gewährung der IDA-Kredite gemessen werden kann. Allerdings werden unter «privater Hilfe» zwei verschiedenartige Leistungen aufgeführt: diejenigen der Hilfswerke, aber auch die privaten Investitionen, die in sehr vielen Fällen nicht als Hilfe bewertet werden können.

Wenn wir die negativen Resultate der Entwicklungsdekade 1960-1970 betrachten, wird es offensichtlich, daß in der Art der Hilfe viele Fehler gemacht wurden. (Auch diese Erkenntnis trug zur negativen Einstellung gegenüber den IDA-Krediten bei.) Vertreter der schweizerischen Hilfswerke haben 1975 gemeinsam Vorschläge für eine neue schweizerische Entwicklungspolitik erarbeitet und unter dem